



Vor der Klíšská 53. Von links: die Anwältin Tereza Bártová, der Aktivist Miroslav Brož, die Bewohner Mark Kondaš, Jana, Adam Kurey, Ivana (unten), Frau rechts unbekannt Foto: Nancy Waldmann

Schlaflos in Ústí

Mit »wohngeldfreien Zonen« wollen Tschechiens Städte überteuerte Mieten in Roma-Ghettos bekämpfen – angeblich. Der Effekt: Die Bewohner landen auf der Straße. Von Nancy Waldmann

Das tschechische Wort »Ubytovna« ist speziell. Ein Wort für eine Art schäbiges Hostel mit Dauergästen, ein teures Wohnheim für Arme. In der Klíšská-Straße 53 in der 93 000-Einwohner-Stadt Ústí nad Labem, eine knappe Stunde südlich von Dresden, steht eine solche Ubytovna, ein großes, heruntergewohntes Gebäude aus den 1920er Jahren, in dem 69 Bewohner leben. Die meisten sind seit vielen Jahren hier. Adam Kurey seit 13. Sein winziges Zimmer ist ganz oben. Seine Frau mit den fünf Kindern wohnt im ersten Stock in einem größeren Raum, 13 000 Kronen, umgerechnet 500 Euro im Monat, kostet das Zimmer, gut die Hälfte deckt ein staatlicher Wohngeldzuschuss.

Adams Kammer kostet 100 Euro, darin sind eine Dusche und eine kleine, nicht ausziehbare Couch, auf der der stämmige Mann mit dem Schnauzer nur in Embryohaltung liegen kann. Aber er schläft jetzt sowieso schlecht. Die Ubytovna schließt Ende Juni, dann muss seine Familie ausziehen. Die Bewohner der Ubytovna erfuhren das vor kurzem im Internet. Und obwohl in Ústí genug Wohnungen frei sind – eine Zwei-Zimmer-Wohnung ist ab 300 Euro zu haben, Nebenkosten eingerechnet – haben Roma wie Adam und seine Hausmitbewohner keine Chance, eine zu bekommen.

Lagebesprechung in der Klíšská auf dem Bürgersteig: Adam war im Rathaus bei einer Sozialberatung und bekam eine Liste mit Adressen von Ubytovnas in ganz Tschechien. Dort möge er fragen, ob ab Juli etwas frei ist. Eine Liste wie ein Rausschmiss. Adam liest Orte daraus vor. »Terezín! Da werde ich wohl eher begraben«, sagt er. In Terezín befand sich das Konzentrationslager Theresienstadt. Die anderen lachen kurz.

»Seid ihr aus der Ubytovna?«, fragten Vermieter am Telefon, wenn man sich auf eine Wohnungsanzeige meldete. Oder: »Seid ihr Roma?« Und dann legten sie einfach auf, wenn man bejahte. Oder die Wohnung ist plötzlich vergeben. Die Kautionsunbezahllar. Jana und ihre Freundin Ivana mit dem kleinen Hund haben bei acht Wohnungen gefragt. Ohne Erfolg. Dabei hat Jana als eine von wenigen hier einen Job, Vollzeit angestellt in einer

Gärtnerei, knapp 400 Euro verdient sie im Monat. Die meisten arbeiten schwarz, wenn sie denn eine Arbeit finden.

Die Wohnungskrise in Ústí hat sich die Stadt selbst eingebrockt. Gleich zwei Ubytovnas mit 230 Bewohnern, davon ca. 80 Kinder, schließen Ende Juni, nachdem die Stadtverwaltung 22 Adressen auf ihrem Gebiet zur »wohngeldfreien Zone« erklärt hat, darunter die beiden Ubytovnas. Das heißt, dass an Neumieter dieser Adressen ab sofort kein Wohngeld mehr ausgezahlt wird. Auch in anderen Städten schließen Ubytovnas. Denn für die Betreiber bedeutet das Einbußen. Den Schwarzen Peter haben die Bewohner. Viele haben nicht mal einen Mietvertrag. Der Vizebürgermeister Jiří Madar spielt den Unbeteiligten: »Die Gründe für die Schließungen sind uns nicht bekannt«, behauptete er in einem Interview mit aktualne.cz. Und es sei nicht Sache der Stadt, den Leuten Ersatzwohnungen zu besorgen.

»Wohngeldfreie Zonen« – das hat die rechtspopulistische Regierung des Milliardärs Andrej Babiš den Kommunen ermöglicht, um das »Geschäft mit der Armut« zu bekämpfen, um »sozial unerwünschte Phänomene« einzudämmen, um den Zuzug sogenannter »unanpassbarer Bürger« zu stoppen –, noch ein spezielles tschechisches Wort, mit dem immer arme Roma gemeint sind. So äußern sich die Stadtvertreter von Ústí und Kladno, die gemeinsam mit 20 weiteren Städten ein Memorandum unterschrieben haben, in dem das System sozialer Transferleistungen als »ineffektiv, demotivierend und unanständig« beschrieben wird. Ústí will die wohngeldfreie Zone bald auf das gesamte Stadtgebiet ausweiten, sollte das Verfassungsgericht nicht die Maßnahme für unzulässig erklären.

Tatsächlich gibt es in Tschechien ein Geschäft mit der Armut. In vielen Städten leben Roma, die tschechische, manchmal auch slowakische Staatsbürger sind, in Ghettos. Ein Teil musste aus Prag ins ärmere Nordböhmen abwandern. In Gegenden wie Ústí-Předlice herrschen slumarartige Zustände, Pilz kriecht durch die Mauern, Hinterhöfe versinken meterhoch im Müll. Aus der Diskrimi-

nierung von Roma auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt schlagen Vermieter Profit und vermieten heruntergekommene Häuser zu hohen Preisen kurz unter dem Sozialhilfeniveau an sie, die sonst nichts finden. Wenn eine Ubytovna schließt oder wenn, wie vor ein paar Jahren, ein Haus beginnt zusammenzustürzen, stehen ganze Familien auf der Straße. Die Stadt hofft in diesen Momenten still, die Leute loszuwerden, würden nicht ein paar »Querschläger« im Rathaus Stress machen und eine Lösung fordern.

Zum Beispiel Miroslav Brož. Er geht in der Klíšská 53 ein und aus. Einer von wenigen Gadjos, also Nicht-Roma, der hier Vertrauen genießt. Streetworker der Hilfsorganisation »People in Need« wurden kürzlich aus der Klíšská verjagt, als sie einer Familie vorschlugen, die Kinder vorläufig in ein Heim abzugeben, um die Wohnungssuche zu erleichtern. Brož war früher selbst bei »People in Need«, die Organisation betreibt in seiner Heimatstadt Ústí seit Jahren staatlich dotierte Beratungsstellen und Sozialarbeit in den Ghettos. Geändert hat sich für die Menschen wenig. Brož ertrug die entmündigende Attitüde nicht mehr, immer nur wurde über Roma gesprochen und entschieden, nie mit ihnen. Brož stieg damals aus, suchte sich einen anderen Job. Mit einigen Roma gründete er den Verein »Konex«. Manchmal ist er auch denen zu konfrontativ, die das Problem mit der Diskriminierung erkannt haben.

Auch Brož hat wenig geschlafen in letzter Zeit. Krisen wie diese betrachtet er als Chance für die Roma, die Scham zu überwinden und endlich gegen das Stigma aufzubegehren. Gerade hat er in der Klíšská einen Vortrag über die afroamerikanische Bürgerrechtsbewegung gehalten. »Die haben 40 Jahre gekämpft bis sie einen schwarzen Präsidenten hatten«, sagt Jana halb anerkennend, halb ernüchtert. Jetzt kommt die Praxis: Brož hängt das rote Plakat mit dem Aufruf zur ersten Demo »Auf der Straße bleiben wir nicht« neben der Eingangstür auf. Die Bewohner sind aufgekratzt. »Wir haben auch Rechte!«, ruft Ivana. Im Stadtzentrum neben dem Einkaufszentrum und dem

Rathaus demonstrieren sie nun jede Woche – gegen ihren Rauswurf aus der Stadt und für menschenwürdige Wohnungen.

Eine junge Anwältin vom Prager Verein »Forum für Menschenrechte« ist mit Brož gekommen. Die Anwältin zieht ein Blatt Papier aus der Tasche und liest auf dem Bürgersteig einen Text vor: eine Klage gegen die Stadt. Die Forderung: die Einschränkung des Wohngeldes zurücknehmen und den von Obdachlosigkeit bedrohten Bewohnern eine Unterkunft zur Verfügung zu stellen. Dazu seien die Kommunen verpflichtet, laut tschechischem Gesetz und laut UN-Sozialpakt. Mit verschränkten Armen hören die Bewohner zu, auf dem Gesims der Klíšská 53 unterschreiben alle. Adam ist der erste.

Danach fahren Brož und die Anwältin zur zweiten Ubytovna auf der anderen Elbeseite, Adam, Jana und Ivana kommen zur Unterstützung mit. 160 Bewohner leben dort. Ein grauer Wohnblock, Toiletten und Bad auf den Gängen, verzweifelte Gesichter, reservierte Stimmung. Dennoch, viele unterschreiben die Klage.

Auf halber Strecke zwischen beiden Ubytovnas liegt, einer Trutzburg ähnlich, das Rathaus im Modernismus der späten 50er. Die Pressesprecherin Romana Macová scheint mit ihren langen, weiß lackierten Fingernägeln wie bewaffnet. Niemand müsse auf der Straße bleiben, sagt sie. Wer sich nicht von Aktivisten – gemeint ist Brož – manipulieren lasse und protestiere, dem werde geholfen. Macová verfasste dazu extra eine Pressemitteilung. Einigen Familien aus den Ubytovnas habe man Unterkünfte in Předlice angeboten, doch die hätten abgelehnt. Předlice, also im Ghetto? Macová wird ungehalten: »Man kann nicht noch Ansprüche stellen, während andere für ihre Wohnung arbeiten.«

In der Trutzburg von Ústí gibt es aber auch Politiker, die die vermeintliche Sozialpolitik der Regierenden offen kritisieren. Karel Karika und Karolína Žáková gehören zu einem lokalen Bündnis aus Piraten und Grünen. »Die wohngeldfreien Zonen sind populistischer Unsinn«, sagt Karika, Bezirksbürgermeister von Ústí-Stadt, einem von vier über die Elbhänge

verstreuten Stadtbezirke. »Scheinheilig«, findet die Maßnahme seine Kollegin Žáková. »Die Vermieter tragen nicht die Hauptschuld an der Situation.« Solche Sätze gegen romafeindliche Rhetorik sind in Tschechien unüblich, ja gefährlich, besonders, wenn, wie in Ústí, im Herbst Wahlen bevorstehen.

Gäbe es ein Gesetz, das Städte zu einem Anteil von Sozialwohnungen verpflichtet, könne punktuell Wohngeldstreichung Sinn machen, findet Karika. Aber ein Gesetzentwurf, der einen Anteil von fünf Prozent vorsah, scheiterte letztes Jahr im Parlament. Wie die meisten Städte hat auch Ústí seine Wohnungen privatisiert. Die vorhandenen 500 Sozialwohnungen sind belegt. Die Stadt könnte bei den niedrigen Preisen jetzt Wohnungen zurückkaufen. Wenn der Wille da wäre.

Um die Leute aus den Ubytovnas in vernünftigen Wohnungen unterzubringen, will Karika mit dem Immobilienriesen CPI verhandeln, der die meisten Wohnungen der Stadt hält. Man werde den Leuten mit der Kautions helfen und beim Aushandeln eines ordentlichen Mietvertrags. Denn da ließen sich viele Roma übers Ohr hauen. »Man muss mit den Leuten arbeiten und ihnen nicht einfach nur Geld geben«, sagt Žáková. Sie müssten lernen, was es heißt, Mieter zu sein, pflichtet Karika ihr bei.

Zwei Wochen und mehrere Krisensitzungen später: ein Teilerfolg. In der Klíšská 53 haben nun alle eine gute Wohnung. Sie haben das Glück, zu Karikas Bezirk zu gehören. Adam und seine Familie bleiben in derselben Straße. Jana, Ivana und ihr Hund ziehen in einen Stadteil hinter dem Marienfelsen in eine günstigere Einzimmerwohnung. Ivana freut sich nicht: »Wir waren in der Klíšská wie eine Familie, jetzt müssen wir alle weg.« Auf der anderen Elbeseite haben noch nicht alle Familien eine neue Bleibe. Und im August könnte eine weitere Ubytovna in Ústí schließen. Miroslav Brož hat in der Klíšská 53 ein Soli-Konzert mit Roma-Bands organisiert, Rap, Punk, Reggae. Die Nachbarn, schreibt er auf Facebook, mögen kommen und sehen, dass Roma nette Leute sind. Der Vermieter will ihnen vorher den Strom abstellen.

Brož hängt das rote Plakat mit dem Aufruf zur ersten Demo »Auf der Straße bleiben wir nicht« neben der Eingangstür auf. Die Bewohner sind aufgekratzt. »Wir haben auch Rechte!«, ruft Ivana.